

SÜDKURIER

Friedrichshafen

Kritik am Rotstift im Bildungsbereich

11.05.2013

Von **GISELA KELLER**

Mit einem Brief an Ministerpräsident Winfried Kretschmann protestiert der Vorsitzende des Elternbeirats, Ernst Schwarz, stellvertretend für die Eltern am Karl-Maybach-Gymnasium (KMG) in Friedrichshafen gegen Sparmaßnahmen im Bildungsbereich. Konkret geht es um die Streichung von über 1000 Lehrerstellen im Land im laufenden Jahr und Einsparungen bei Aktivitäten, die nicht unmittelbar mit dem Unterricht zu tun haben.

Auch zeitliche Veränderungen im Einstellungsverfahren für Lehrer sorgen in der Schule für Planungsunsicherheit.

Die Streichung von über 1000 Lehrerstellen im laufenden Jahr – bis 2020 sollen es mehr als 8000 werden – ist eine der Maßnahmen, die die Landesregierung getroffen hat, um die Schuldenbremse einzuhalten und eine schwarze Null im Haushalt zu erreichen. Zusätzlich wurden jüngst Mittel für Hausaufgabenbetreuung und weitere Aktivitäten gestrichen, die nicht unmittelbar mit dem Unterricht zu tun haben. Das zentral gesteuerte Einstellungsverfahren für neue Lehrer wird erst Wochen nach Beginn des neuen Schuljahres abgeschlossen sein. Die zu besetzenden Stellen sind noch nicht ausgeschrieben.

Der späte Beginn und das späte Ende des Verfahrens machten es nicht nur für seine Schule sehr schwer bis unmöglich, den Unterricht für das neue Schuljahr zu planen, sagt Uwe Beck, Rektor des Karl-Maybach-Gymnasiums. Erst am 30. September wisse man definitiv, welche Lehrer mit welcher Fächerkombination zur Verfügung stünden. Und ob dies reiche, um zumindest den Pflichtunterricht abzudecken. Wie an den meisten anderen Schulen gibt es auch am Karl-Maybach-Gymnasium Bedarf an neuen Lehrern. Bedingt durch Pensionierungen, Versetzungen und Elternzeiten werden dort mindestens zehn Lehrkräfte gebracht, um den Pflichtunterricht für das nächste Schuljahr abzudecken, hat der Rektor ausgerechnet. Sehr gerne hätte er einige der Referendare eingestellt, von deren guter Arbeit er sich in den vergangenen eineinhalb Jahren überzeugen konnte. „Ich darf ihnen keine Stelle anbieten“, bedauert er.

Deshalb bewerben sich die meisten Referendare gerade bundesweit. Beck kann es ihnen nicht verdenken: „Sie wären dumm, wenn sie es nicht täten und am Ende auf der Straße stehen.“ Für seine Schule sind sie höchstwahrscheinlich verloren. Seinem Nachfolger oder seiner Nachfolgerin – Beck geht Ende des Schuljahrs in Pension – hätte er gerne eine bessere Ausgangsposition verschafft.

„Mit großem Entsetzen, Unverständnis und Verärgerung nehmen wir nun die Pläne der Landesregierung zur Kenntnis, mit konkreten Einsparungen im Bildungssystem zu beginnen“, schreibt Ernst Schwarz, Vorsitzender des KMG-Elternbeirats, im Brief an den Ministerpräsidenten. „Von Anfang an war auch uns Eltern klar, dass eine Weiterentwicklung und Verbesserung des Schulsystems nicht zum Nulltarif zu haben ist.“ Die Begründung, ein Wegfall des Bedarfs, hält er für realitätsfern und zynisch. Und er weist darauf hin, dass die Kürzungen – besonders die Streichung der Mittel für die Hausaufgabenbetreuung – vor allem jene trafen, deren besondere Förderung erklärtes Ziel war: Es helfe nicht, etwas dagegen zu tun, dass die soziale Herkunft auch nach neuen Studien erheblich für den Bildungserfolg verantwortlich bleibe.